

27. 08. 85

Sachgebiet 7823

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Catenhusen, Frau Blunck, Roth, Vosen, Müller (Schweinfurt), Duve, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Dr. Kübler, Nagel, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Dr. Enders, Immer (Altenkirchen), Kißlinger, Dr. Klejdzinski, Oostergetelo, Pfuhl, Sander, Dr. Schmidt (Gellersen), Frau Weyel, Wimmer (Neuötting), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Einstellung der Förderung der Forschung zur biologischen Schädlingsbekämpfung

Im Pflanzenschutz werden zur Bekämpfung von Schadinsekten regelmäßig breitenwirksame chemische Insektizide in beträchtlichem Umfang eingesetzt. Der Einsatz chemischer Insektizide hat jedoch negative ökologische Wirkungen und führt auch zu steigenden Resistenzerscheinungen bei Schadinsekten gegen diese Mittel. Seit 1972 hat das Bundesforschungsministerium im Rahmen ihres Biotechnologieprogramms den Forschungsschwerpunkt „Biologische Schädlingsbekämpfung“ gefördert. Diese Förderung wurde jedoch 1984 eingestellt, ohne daß die Einführung von biologischen Schädlingsbekämpfungsmitteln von der Industrie in ausreichendem Maße vorbereitet wird.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. In welchem Umfang (mengen- und wertmäßig) und in welchen Bereichen wurden in den letzten zehn Jahren chemische Insektizide in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt?
2. Welche biologischen Pflanzenschutzpräparate, insbesondere Viruspräparate oder Parasiten, sind zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland, in den USA, in Großbritannien und den Niederlanden amtlich registriert und zur Schädlingsbekämpfung zugelassen?
3. Welche Mittel hat die deutsche Industrie in den letzten fünf Jahren für die Forschung und Entwicklung chemischer Insektizide aufgewandt und welche Mittel für die Forschung und Entwicklung biologischer Präparate?
4. Welche deutschen Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie beteiligten sich seit 1972 an Forschungsprojekten im Rahmen des Schwerpunktes „Biologische Schädlingsbekämpfung“ des BMFT und welche öffentlichen Mittel wurden von 1972 bis 1984 für diese Projekte aufgewandt?

5. Welche Zielsetzungen verfolgten die unter Industriebeteiligung durchgeführten Forschungsprojekte?
6. Welche „grundlegenden Entwicklungen“ bei den unter Industriebeteiligung durchgeführten Projekten sind „weitgehend abgeschlossen, so daß die Industrie in der Lage ist, die anstehenden Fragen zur kommerziellen Nutzung selbst zu Ende zu führen“ (Pressemitteilung 52/84 des BMFT)?
7. Ist in den USA oder in anderen Ländern eine vergleichbare Einschränkung oder Aufgabe der öffentlichen Förderung von Forschung und Entwicklung biologischer Schädlingsbekämpfung vorgenommen worden, und mit welchen Begründungen?
8. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Einstellung der Forschungsförderung in diesem Gebiet dazu führt, daß die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Grundlagenforschung zur Produktion von insektenpathogenen Viren in Zellkulturen nicht mehr vertreten ist?
9. Welche Hindernisse stehen zur Zeit einem Engagement deutscher Unternehmen in der Entwicklung und Einführung biologischer Pflanzenschutzmittel, insbesondere von Viruspräparaten, entgegen, und wie könnten diese Hindernisse abgebaut werden?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Entwicklung von Biopräparaten für den Pflanzenschutz vor allem daran scheitert, daß der Industrie bis heute keine festen Prüfungen zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit vorgegeben worden sind – obgleich sich das BMFT bis 1982 sehr um die Entwicklung insektenpathogener Viruspräparate bemüht hat – mit der Folge, daß solche Viruspräparate in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen werden können, obwohl man ähnliche Präparate in den USA, China und der Sowjetunion bereits großflächig einsetzt?
11. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Erschwerung des Gebrauchs chemischer Insektizide (z. B. durch Verschärfung von Umweltverträglichkeitsprüfungen) den ökonomischen Anreiz zur Entwicklung und Anwendung von Biopräparaten für den Pflanzenschutz zu verstärken?
12. Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisherigen Ansätze der Forschung und Entwicklung biologischen Pflanzenschutzes angesichts der Entwicklung der Gentechnologie überholt sind und deshalb aufgegeben werden mußten?

Bonn, den 27. August 1985

Catenhusen
Frau Blunck
Roth
Vosen
Müller (Schweinfurt)
Duve
Fischer (Homburg)
Grunenberg
Hansen (Hamburg)
Dr. Kübler
Nagel
Stahl (Kempen)
Stockleben
Vahlberg
Dr. Enders
Immer (Altenkirchen)
Kißlinger
Dr. Klejdzinski
Oostergetelo
Pfuhl
Sander
Dr. Schmidt (Gellersen)
Frau Weyel
Wimmer (Neuötting)
Dr. Vogel und Fraktion

